

Armutsbekämpfung

Die Langzeitarbeitslosigkeit muss halbiert werden

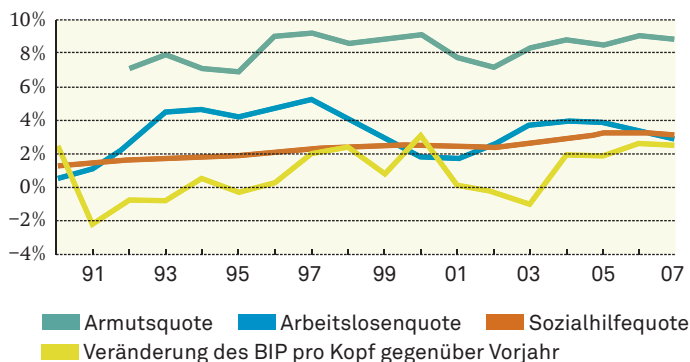
Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe will strategisch gegen die Armut vorgehen: Mit spezifischer Beratung, mit der Förderung von Bildungschancen sowie mit zusätzlichen alternativen Arbeitsmöglichkeiten.

Von Dorothee Guggisberg, Geschäftsführerin Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

— Lange Zeit ohne bezahlte Arbeit zu sein ist für die meisten Leute ein schweres Los. Erwerbsarbeit ist zentral für die Existenzsicherung, sie ist sinn- und identitätsstiftend und sie ermöglicht soziale Kontakte. Es gibt jedoch gesundheitliche und vor allem Gründe, die der Arbeitsmarkt diktiert, warum etliche Menschen nicht arbeiten können. Wer Sozialhilfe bezieht, ist meistens bereits längere Zeit ohne regelmässigen Erwerb oder aber dieser reicht nicht aus. Sozialhilfe Beziehende haben es doppelt schwer, im Arbeitsmarkt wieder Fuss zu fassen, und Langzeitarbeitslosigkeit erhöht das Risiko, in die Armut abgedrängt zu werden. Dagegen ergreift die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) konkrete Massnahmen, die sie in ihrer Armutsstrategie im Rahmen des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung Anfang 2010 publiziert hat. Als langzeitarbeitslos gilt, wer länger als zwölf Monate als arbeitslos gemeldet ist. Ende März 2010 waren von insgesamt 166032 Arbeitslosen 31 718 Personen langzeitarbeitslos, also knapp jeder Fünfte.

Ungefähr die Hälfte der Langzeitarbeitslosen findet wieder eine Anstellung. Faktoren wie Alter, Herkunft, Bildungsniveau und Gesundheit erhöhen aber das Risiko, auf lange Dauer ohne Stelle zu bleiben. Ein besonderes Armutsrisiko unter den Langzeitarbeitslosen tragen die Ausgesteuerten. 2009 wurden jeden Monat durchschnittlich 1796 Personen ausgesteuert. Viele von ihnen sind im Verlauf der Zeit auf Sozialhilfe angewiesen.

Die Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und Armutsquoten im Verlauf der Jahre



Kontinuierlicher Anstieg der Sozialhilfequote (braun) seit den 90er-Jahren, unabhängig von der wirtschaftlichen Konjunkturlage. Quelle: BFS

Obwohl auch in dieser Personengruppe schätzungsweise die Hälfte wieder eine Arbeit findet, sind die neuen Arbeitsverhältnisse oft prekär, das Einkommen deckt die Lebenshaltungskosten nicht. Gemäss Sozialhilfestatistik beträgt der Anteil der Erwerbslosen am Total der Sozialhilfebeziehenden mehr als ein Drittel. Während die Arbeitslosenzahlen konjunkturell variieren, zeigt die Sozialhilfequote seit den 90er-Jahren unabhängig von der wirtschaftlichen Konjunkturlage einen kontinuierlichen Anstieg (siehe Grafik). Sie lag im Jahr 2007 bei 3,1 Prozent. Ein Grossteil der Personen bleibt in der Sozialhilfe, auch wenn die Wirtschaftskurve nach oben zeigt.

Ziel nachhaltige berufliche und soziale Integration

Zur Bekämpfung der Armut will die SKOS die Langzeitarbeitslosigkeit um die Hälfte reduzieren. Sie schlägt eine kohärente Eingliederungspolitik mit verschiedenen Massnahmen vor:

- **Spezialisierte Beratung:** Langzeitarbeitslose benötigen individuell spezifische Beratung, Begleitung und entsprechende Integrationsmassnahmen. Diese Aktivitäten müssen auch eine nachhaltige berufliche und soziale Integration anvisieren. Dazu sind sowohl die Angebote der regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) als auch der Sozialhilfe gezielt weiterzuentwickeln und gegebenenfalls in eine einzige Struktur überzuführen.
- **Arbeitsangebote:** Der erste Arbeitsmarkt bietet nicht genügend Arbeitsplätze an. Der ausschliessliche Fokus auf die Reintegration in diesen Markt ist einseitig und blendet Realitäten aus. Wer trotz intensiven Bemühungen keine Arbeit findet, über ungenügende Qualifikation verfügt oder mit Krankheit zu kämpfen hat, braucht alternative Arbeitsmöglichkeiten oder an die eigene Leistungsfähigkeit angepasste Arbeit. Diese kann im ersten oder auch im zweiten Arbeitsmarkt positioniert sein: Sie kann in Sozialfirmen oder im Bereich von Teillohnstellen oder Nischenarbeitsplätzen geleistet werden. Die Arbeitsformen müssen vielfältig sein, sodass sie verschiedene Anspruchsniveaus abdecken, sinnstiftend sind und für den Markt und die Gesellschaft relevante Produkte herstellen. Gleichzeitig darf kein Lohndumping entstehen. Je nach Angebotsstruktur ergibt sich ein anderer Finanzierungsmodus. Denkbar sind Pro-

jekte, die durch öffentliche und private Beteiligungen als Public Private Partnerships entstehen.

- **Bildung:** Arbeitslosigkeit muss auch mit Bildung und Qualifizierung bekämpft werden. Es braucht frühzeitig einsetzende Qualifikationsprogramme und Möglichkeiten zur Nachholbildung, die zu einem anerkannten Abschluss der Berufsbildung führen, sowie regelmässige Weiterbildung im Rahmen der Erwerbsarbeit.
- **Obligatorische Ausbildung:** Besonders fatal ist Langzeitarbeitslosigkeit bei jungen Erwachsenen. Die SKOS plädiert für eine obligatorische Ausbildungspflicht bis 18 Jahre, um zu verhindern, dass Jugendliche einen qualifizierenden Abschluss verpassen. Mit einer Berufslehre, einer erweiterten Schulbildung oder einer qualifizierenden Arbeit kann Langzeitarbeitslosigkeit verhindert und jungen Erwachsenen der Einstieg ins Erwerbsleben erleichtert werden. Das vom Bund initiierte Projekt Case Management Berufsbildung oder die Brückenangebote unterstützen diese Bestrebungen gerade für Jugendliche mit speziellen Schwierigkeiten.

Arbeit muss einen sozialen und einen finanziellen Gewinn bringen. Dass von Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Menschen in der Arbeitslosenversicherung oder der Sozialhilfe motiviert werden, sich beruflich zu integrieren, ihre Leistungsfähigkeit zu entwickeln und Schritte zur Eigenständigkeit zu unternehmen, liegt sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen

Ergänzungsleistungen auch für Langzeitarbeitslose prüfen.

Interesse. Es ist aber auch anzuerkennen, dass längst nicht mehr alle Menschen im Arbeitsmarkt Fuss fassen können und deshalb ergänzende Massnahmen gegen ihre soziale Ausgrenzung ergriffen werden müssen. Das Ziel aller Bemühungen muss die Vermeidung von Armut und damit die Vermeidung von Arbeitslosigkeit sein. Die SKOS schlägt zur aktiven Prävention unter anderem vor, bedarfsabhängige, auf drei Jahre beschränkte Ergänzungsleistungen für Langzeitarbeitslose zu prüfen. Mit diesem der Sozialhilfe vorgelagerten System kann die Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen verhindert werden.

Alle müssen sich engagieren

Die Massnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit sind nicht gratis. Sie müssen aber in einem der reichsten Länder der Welt kein unerreichbares Ziel bleiben. Die Finanzierung ist in erster Linie eine Frage der politischen Priorität und des demokratischen Aushandlungsprozesses. Die SKOS versteht diese Vorschläge als Investitionen. So sind gerade die Präven-

tion, die Umpolung von Langzeitarbeitslosigkeit in die Schaffung von (alternativen) Arbeitsplätzen, die Förderung von Bildungschancen oder die Optimierung der Leistungssysteme nicht bloss Ausgaben: Sie stärken langfristig den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Infrastruktur und vermeiden dadurch die Folgekosten von Armut.



Dorothee Guggisberg: «Die Finanzierung von Massnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist eine Frage der politischen Priorität.»

Für die Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit braucht es den politischen Willen, das Zusammenspiel aller Akteurinnen und Akteure und insbesondere eine kohärente Steuerung. Die SKOS begrüsst die vom Bundesrat in seiner Armutsstrategie vorgesehene Verstärkung der interinstitutionellen Zusammenarbeit zwischen Arbeitslosenversicherung, IV und Sozialhilfe als einen ersten Schritt.

Gefragt sind aber nicht nur die staatlichen Instanzen, sondern auch zivile Organisationen und im Besonderen die privaten Unternehmen. Um im Verbund wirksame Lösungen entwickeln und umsetzen zu können, braucht es Indikatoren, die über den Erfolg Auskunft geben können. Nötig ist das Engagement aller Beteiligten, Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen zu wollen. —